Deutscher Bundestag **Drucksache 19/14501**

19. Wahlperiode 25.10.2019

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Kultur und Medien (22. Ausschuss)

zu dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD
– Drucksache 19/8942 –

Bundesprogramm „Jugend erinnert" – Wissensvermittlung über Wirkung und Folgen von Diktatur und Gewaltherrschaft stärken

A. Problem

80 Jahre nach dem deutschen Überfall auf Polen und dem damit entfesselten Zweiten Weltkrieg bekennen sich die Fraktionen der CDU/CSU und SPD zu der Verpflichtung, der Opfer des Nationalsozialismus zu gedenken und mahnend die Stimme gegen Gewaltherrschaft und für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu erheben. Die Erinnerung an das nationalsozialistische Unrecht müsse wachgehalten werden, jeder Relativierung der Verbrechen des Nationalsozialismus sei entschieden entgegenzutreten, heißt es in dem Antrag. Weiter wird in dem Antrag darauf hingewiesen, dass als Folge von Krieg und Teilung sowjetische Speziallager und die DDR als Willkür- und Unrechtsstaat entstanden seien. Die Opfer der SED-Diktatur und der sowjetischen Militäradministration in der SBZ müssten ebenfalls gewürdigt und dürften niemals vergessen werden.

B. Lösung

Mit dem Bundesprogramm „Jugend erinnert“ soll die Wissensvermittlung über die NS-Terrorherrschaft und die SED-Diktatur in der jungen Generation gestärkt werden. Deshalb soll der Besuch von Gedenkstätten und Gedenkorten gefördert werden. Ziel ist es, Wissen zu vermitteln, Demokratiebewusstsein zu schaffen sowie Antisemitismus, Rassismus und Antiziganismus entgegenzuwirken.

Unter Berücksichtigung der verfügbaren Haushaltsmittel soll die Bundesregierung das Programm unter bestimmten Prämissen umsetzen. Gefördert werden sollen beispielsweise zeitgemäße Formate der Geschichtsvermittlung und der Jugendbegegnung sowie nachhaltig wirkende Formen der politischen Bildung. Die dezentrale Erinnerungskultur im In- und Ausland soll gestärkt, grenzüberschreitende Ansätze sollen unterstützt werden. Das Programm soll nachhaltig wirken und daher mehrjährig angelegt sein. Es soll nach drei Jahren evaluiert werden.

Annahme mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und DIE LINKE.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Keine.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 19/8942 anzunehmen.

Berlin, den 22. Oktober 2019

Der Ausschuss für Kultur und Medien

Katrin Budde
Vorsitzende

Johannes Selle
Berichterstatter

Marianne Schieder
Berichterstatterin

Dr. Marc Jongen
Berichterstatter

Thomas Hacker
Berichterstatter

Brigitte Freihold
Berichterstatterin

Erhard Grundl
Berichterstatter

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Bericht der Abgeordneten Johannes Selle, Marianne Schieder, Dr. Marc Jongen, Thomas Hacker, Brigitte Freihold und Erhard Grundl

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag überwies den Antrag auf **Drucksache 19/8942** in seiner 93. Sitzung am 5. April 2019 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Kultur und Medien und zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuss, den Ausschuss für Inneres und Heimat, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung sowie den Ausschuss Digitale Agenda.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Mit dem Bundesprogramm „Jugend erinnert“ soll die Wissensvermittlung über die NS-Terrorherrschaft und die SED-Diktatur gestärkt werden. Deshalb soll der Besuch von Gedenkstätten und Gedenkorten gefördert werden. Ziel ist es, in der jungen Generation Demokratiebewusstsein zu schaffen sowie Antisemitismus, Rassismus und Antiziganismus entgegenzuwirken. „Jugend erinnert“ soll dabei helfen, in der jungen Generation ein eigenes kritisches historisches Bewusstsein zu entwickeln. Die jungen Leute sollen beim Umgang mit Geschichte Bezüge zu aktuellen Fragen von Minderheitenrechten herstellen. Sie sollen in zeitgemäßen Vermittlungsformen und Jugendbegegnungen lernen können.

In dem Antrag wird das mit 7 Mio. Euro für 2019 ausgestattete neue Programm „Jugend erinnert“ gewürdigt und das vielfältige Engagement zivilgesellschaftlicher und institutioneller Akteure als Beitrag zum Gedenken an die NS-Terrorherrschaft und die SED-Diktatur hervorgehoben.

Unter Berücksichtigung der verfügbaren Haushaltsmittel soll die Bundesregierung das Programm „Jugend erinnert“ unter bestimmten Prämissen umsetzen. Gefördert werden sollen beispielsweise nachhaltig wirkende Formen der politischen Bildung. In Pilotprojekten sollen innovative Formate der Erinnerungsarbeit ausprobiert werden, auch die Arbeit mit Zeitzeugen soll intensiviert werden. Die dezentrale Erinnerungskultur im In- und Ausland soll gestärkt, grenzüberschreitende Ansätze sollen unterstützt werden. Gefordert wird, dass das Programm mehrjährig angelegt wird. Das Antragsverfahren soll einfach sein, nach drei Jahren soll das Programm evaluiert werden.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** empfahl in seiner 39. Sitzung am 16. Oktober 2019 Annahme mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen AfD, FDP und DIE LINKE.

Der **Ausschuss für Inneres und Heimat** empfahl in seiner 68. Sitzung am 16. Oktober 2019 Annahme mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und DIE LINKE.

Der **Haushaltsausschuss** empfahl in seiner 43. Sitzung am 16. Oktober 2019 Annahme mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der AfD und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** empfahl in seiner 37. Sitzung am 16. Oktober 2019 Annahme mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und DIE LINKE.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** empfahl in seiner 40. Sitzung am 16. Oktober 2019 Annahme mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen AfD, FDP und DIE LINKE.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** empfahl in seiner 33. Sitzung am 16. Oktober 2019 Annahme mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und DIE LINKE.

Der **Ausschuss Digitale Agenda** empfahl in seiner 39. Sitzung am 16. Oktober 2019 Annahme mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und DIE LINKE.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat den Antrag auf Drucksache 19/8942 in seiner 33. Sitzung am 16. Oktober 2019 beraten und empfahl Annahme mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und DIE LINKE.

Die **Fraktion der CDU/CSU** wertete das Programm „Jugend erinnert“ als eines der wichtigsten und nachhaltigsten Programme, das je im Ausschuss für Kultur und Medien beraten oder auf den Weg gebracht worden sei. Es gehe darum, Geschichte für die Jugend erlebbar zu machen, aus der Geschichte zu lernen und auf die Gefahren für die Demokratie aufmerksam zu machen. Im Ergebnis gehe es also darum, die Demokratie zu stärken.

Mit dem aufgelegten Programm würden die Gedenkstätten und die Dokumentationszentren gestärkt und ausgebaut. Weil junge Menschen andere Kommunikationskanäle nutzten und altersgemäß angesprochen werden müssten, sei es notwendig, dass Gedenkstätten und Dokumentationszentren mit neuen pädagogischen Ansätzen arbeiteten, vor allem im Hinblick auf digitale und audiovisuelle Vermittlungskonzepte. Geschichte müsse zeitgemäß vermittelt werden. Die Kinder müssten erkennen können, was aus der Geschichte heute von Bedeutung ist. Sie sollten ermutigt werden, Nichtverstandenes kritisch zu hinterfragen. So lasse sich die Demokratie stärken. Gerade in der heutigen Zeit und mit Blick auf die jüngsten Ereignisse in Halle müsse man den jungen Menschen aufzeigen, wo die Gefahren für die Demokratie lägen. Geschichtliche Ereignisse sollten weder relativiert oder verharmlost noch verklärt werden. Dafür müsse die Politik ein Angebot machen.

Das Programm „Jugend erinnert“ sei 2019 aufgelegt worden und werde im nächsten Jahr mit zusätzlichen Mitteln ausgestattet. Die Fraktion der CDU/CSU unterstütze dies, weil auf diese Art die Bildungsarbeit von Gedenkstätten gestärkt und die pädagogische Vermittlungsarbeit ausgebaut werde. Auch das Thema Zeitzeugenarbeit werde aufgegriffen. Es sei wichtig, dass junge Menschen mit Zeitzeugen ins Gespräch kämen. Deren Berichte müssten über ihren Tod hinaus erhalten werden und für kommende Generationen zugänglich bleiben.

Die **Fraktion der SPD** unterstrich, sie unterstütze das Programm „Jugend erinnert“ aus tiefster Überzeugung. Das Programm und der dazu vorgelegte Antrag seien sehr gelungen. Wenn aus der Opposition heraus einzelne Formulierungen kritisiert würden, sei das Haarspalterei. Jeder wisse, was die Antragstellerinnen und Antragsteller meinten.

Es sei wichtig gewesen, das Thema Erinnerungsarbeit im Rahmen eines solchen Antrags noch einmal aufzugreifen und ein Programm aufzulegen, das mit mehr Geld unterfüttert wird, weil die Finanzen bisher erkennbar nicht ausgereicht hätten, beispielsweise bei Jugendbegegnungen. Das Programm sei in der Lage, die Erinnerungslandschaft in der Breite anzusprechen, neue Impulse zu setzen und innovative Konzepte anzuregen. Nahezu alle Projektanträge, die bereits gestellt wurden, könnten positiv beschieden werden.

Gerade weil die Fraktion der CDU/CSU und SPD die NS-Terrorherrschaft und die DDR-Diktatur nicht miteinander vermischen wollten, hätten sie sich entschlossen, zwei Förderlinien aufzulegen: eine für die NS-Vergangenheit und eine für die SED-Vergangenheit. Ganz gezielt würden beide auseinandergehalten. Weil das Programm offen für neue Ideen bleiben solle, hätten weitere Vorgaben eher kontraproduktiv gewirkt. Für bauliche Veränderungen, wie sie etwa die Fraktion der FDP gefordert habe, sei das Programm bewusst nicht konzipiert. Es konzentriere sich auf Pädagogik, nicht auf Bauten.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Unverständlich sei, was man dagegen habe könne, sich mit Minderheitenrechten und Phänomenen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit auseinanderzusetzen. Die jüngsten Morde in Halle hätten gezeigt, dass diese Fragestellungen wichtiger denn je seien. Was falsch daran sein könne, sie aufzugreifen, erschließe sich nicht, es sei denn, man wolle die Themen wegdrücken und sich bewusst nicht damit beschäftigen.

Die **Fraktion der AfD** erklärte, es sei wichtig, an die Verbrechen der eigenen Nation genauso wie an die guten Zeiten der Geschichte zu erinnern. Wenn man vergleiche, wie die Türkei mit ihrer Geschichte und dem Mord an den Armeniern umgehe, sei Deutschlands Umgang mit eigenen Verbrechen in der Geschichte vorbildlich und zu unterstützen. Die Fraktion der AfD glaube aber, dass man in der Erinnerungsarbeit über das gesunde Maß hinausgehe. Außerdem werde mit dem Programm „Jugend erinnert“ Gedenken politisch instrumentalisiert. Exemplarisch sei Nr. III 1b im Antrag zu nennen, wo davon die Rede sei, dass „Bezüge zu aktuellen Fragen von Minderheitenrechten und Phänomenen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (wie Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus, Islamfeindlichkeit und Klassenideologie)“ hergestellt werden sollten. Die politische Stoßrichtung werde damit offengelegt.

Positiv bleibe die Zusammenführung von SED-Unrechtsregime und Nazi-Unrechtsregime zu vermerken. Anerkannt werde, dass es sich in beiden Fällen um totalitäre Gewaltherrschaften gehandelt habe. Leider liege der Schwerpunkt von „Jugend erinnert“ aber auf den NS-Verbrechen, zu denen ein Gegenwartsbezug hergestellt werde, der problematisch sei. Gefördert würden beispielsweise Projekte zu Hasssprache in Geschichte und Gegenwart. Die Bundeszentrale für politische Bildung gebe eine Broschüre heraus, in der als Beispiele für Hasssprache Aussagen wie „Alle Flüchtlinge haben teure Handys.“ oder „Flüchtlinge bezahlen nicht im Supermarkt.“ aufgeführt würden. Wer sich so äußere, propagiere quasi eine erneute Nazidiktatur. Wenn solche Verbindungen hergestellt würden, sei die Fraktion der AfD nicht einverstanden, weswegen sie das Programm „Jugend erinnert“ ablehnen müsse.

Die **Fraktion der FDP** kündigte an, dem Antrag nicht zuzustimmen, weil einerseits nicht ausreichend konkretisiert werde, wie das Programm „Jugend erinnert“ ausgestaltet werde, und andererseits die Gedenkstätten auch im Hinblick auf ihre Baulichkeiten modernisiert und ertüchtigt werden müssten. Es reiche nicht, wenn viele einzelne Programmpunkte richtig seien. Die Fraktion der FDP habe nicht umsonst im Rahmen der Haushaltsberatungen konkrete Vorschläge gemacht, an welchen Stellen Gedenkstätten unterstützt werden müssten, um einen zeitgemäßen, auf die Besucherstruktur ausgerichteten Ausbau und im Rahmen der Digitalisierung die Nutzung zeitgenössischer, moderner Medien zu ermöglichen. Auch wenn es darum gehe, Zeitzeugenberichte festzuhalten, werde diese Aufgabe im vorgelegten Programm nicht ausreichend berücksichtigt. Die Fraktion der FDP werde sich daher der Stimme enthalten. Sie werde nicht mit Nein stimmen, weil man die Ziele teile und der Debattenbeitrag der Fraktion der AfD belege, wie wichtig es sei, auf diesem Weg weiterzuarbeiten.

Die **Fraktion DIE LINKE.** schloss sich im letzten Punkt der Fraktion der FDP an und begrüßte ausdrücklich, dass „Jugend erinnert“ sich auf die Gegenwart bezieht, auf aktuelle Fragen von Minderheitenrechten, auf Menschenfeindlichkeit und Rassismus. Wenn die Fraktion auch nicht mit dem gesamten Antrag einverstanden sei, in diesem Punkt – Eintreten gegen Rassismus – sei sie sehr einverstanden. Die Fraktion werde sich der Stimme enthalten, weil es zwar sehr wichtig sei, das Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus verstärkt zu fördern, problematisch sei jedoch, dass zum wiederholten Mal DDR und NS-Zeit auf eine Stufe gestellt würden. Die DDR werde dämonisiert, die NS-Verbrechen würden damit relativiert. Die Aktenberge der Stasi seien mit den Leichenbergen der Nazis nicht zu vergleichen. Wer geschichtliche Kontinuitäten herstellen wolle, müsse gesamtdeutsche Geschichte erzählen, auch Kontinuitäten aus der NS-Zeit einbeziehen, die in die Bundesrepublik reichten, und über die Vorgeschichte, die Weimarer Republik, reden. Die DDR sei nicht als Fortsetzung, sondern als Kontrapunkt zur NS-Zeit entstanden. Zu ihren Gründern hätten Menschen gehört, die zuvor verfolgt wurden und in Konzentrationslagern saßen.

Natürlich sei die Fraktion damit einverstanden, dass die Erinnerungsarbeit forciert werde. Gebraucht würden allerdings konkrete Projekte und Ehrlichkeit. Der Antrag laviere um das, worum es eigentlich gehe, herum: In Deutschland gebe es ein massives Problem mit dem Rechtsextremismus, deshalb werde die Erinnerungsarbeit so dringend gebraucht. Das müsse man dann aber auch sagen, sonst fehle etwas Entscheidendes.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** schickte voraus, es sei wichtig, im Zusammenhang mit dem Programm „Jugend erinnert“ auf die Morde und den Anschlag auf die Synagoge in Halle in der vorangegangenen Woche hinzuweisen, weil der Anschlag brutal vor Augen geführt habe, dass jüdisches Leben in Deutschland im

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Jahr 2019 wieder bedroht werde. Wenn der Holocaust vermehrt geleugnet oder die deutsche Erinnerungskultur insgesamt in Frage gestellt werde, sei die deutsche Gesellschaft gefordert, dem in aller Deutlichkeit entgegenzutreten.

Die Fraktion begrüße das Programm und werde zustimmen. Es sei richtig auf den Umstand zu reagieren, dass Zeitzeugen bald nicht mehr zur Verfügung stünden. Außerdem gelte es, vermehrten Tendenzen von Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus und Nationalismus aktiv entgegenzuwirken. Die Fraktion teile die Kritik an der Formulierung, es gehe um das Gedenken an „die beiden deutschen Diktaturen“. Das sei unpräzise. Stattdessen müsste von „zwei Diktaturen auf deutschem Boden“ gesprochen werden, um deutlich zu machen, dass eine Vergleichbarkeit nicht gegeben sei. Die rassistische Ideologie, die gruppenbezogene Unmenschlichkeit mit dem damit einhergehenden, gegen ganze Bevölkerungsgruppen gerichteten Vernichtungswillen des NS-Regimes unterscheide sich fundamental vom SED-Unrechtssystem.

Berlin, den 22. Oktober 2019

Johannes Selle Berichterstatter	**Marianne Schieder** Berichterstatterin	**Dr. Marc Jongen** Berichterstatter
Thomas Hacker Berichterstatter	**Brigitte Freihold** Berichterstatterin	**Erhard Grundl** Berichterstatter

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.